

Stellungnahme der Erzdiözese Freiburg und der Diözese Rottenburg – Stuttgart zur Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

1. Einleitung

Unsere „Gesellschaft im Wandel“ stellt die Frage, wie die sie tragenden Kräfte eingebunden werden können, um die Transformationsprozesse im Sinn einer Weiterentwicklung zu gestalten. Diese Wandlungsprozesse sind schon seit längerer Zeit zu beobachten. Durch die Corona-Krise seit 2020 und den russischen Angriff auf die Ukraine seit Februar 2022 werden deren Auswirkungen beschleunigt und verstärkt.

Es stellt sich sehr deutlich die Frage, wie krisenfest unsere Gesellschaft ist, wie sie ihre Krisenfestigkeit stabilisieren und ausbauen kann und welchen Beitrag die gestaltenden Institutionen hierzu leisten können und müssen.

Die katholischen Diözesen in Baden-Württemberg begrüßen die Initiative des Landtages, die mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ verbunden ist und skizzieren in dieser Stellungnahme gerne ihre Beiträge in und zu dieser Entwicklung.

Wir verzichten dabei in diesem Format darauf, das Engagement der beiden Bistümer mit Mengen- und Dauerangaben zu hinterlegen. Stattdessen legen wir den Fokus auf die Motivation unseres gesellschaftlichen und sozialen Engagements, wie weit gespannt unser Angebot ist und auf welchen Wegen es die Menschen in unserer Gesellschaft erreicht. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass das kirchliche Engagement für das Gemeinwohl nicht für alle Menschen direkt als solches identifizierbar erscheint und deshalb oft unterschätzt bzw. auf direkte religiöse und liturgische Vollzüge reduziert wird.

Vor dieser Darstellung geben wir eine skizzierte Einschätzung, welche Faktoren dieses Engagement beeinflussen und prägen.

2. Transformationsprozesse in Gesellschaft und Kirche

2.1 Gesellschaft im Umbruch

Gesellschaftliche Megatrends

Bei der Aufzählung dieser derzeit wirksamen gesellschaftlichen Megatrends ist vollkommen klar, dass es sich um eine unvollständige Auswahl handelt. Ihre Vielgestalt stellt dabei vor Augen, dass diese Trends miteinander verzahnt sind und nicht isoliert betrachtet werden können.

- Globalisierung
- Klimawandel und Artensterben
- Pluralisierung und Diversity

- Liberalisierung
- Individualisierung
- Digitalisierung
- Beschleunigung
- Demographischer Wandel/überalterte Gesellschaft
- Zerfall der Europäischen Sicherheitsarchitektur
- Endlichkeit des unbegrenzt gedachten Wachstums

Gemeinsam ist diesen Phänomenen ihre mediale Präsenz, die die herkömmlichen Massenmedien ebenso beherrschen wie die Social-Media-Kanäle. Durch die Mechanismen der sozialen Medien (zunehmend kürzere Formate, Fans, Follower, Filterblasen, Abonnements, jede/r ist Sender und Empfänger) ist es für die etablierten Institutionen kaum mehr möglich, die individuell sehr schnell gefasste – oft auch nur übernommene – Meinung differenzierend oder gar korrigierend einzuwirken. Folge ist ein gesellschaftliches Klima der Verunsicherung und der Aufregung, das sehr viele Menschen erfasst.

Verunsicherung als gesellschaftliches Klima

Die Verunsicherung sehen wir als Grund dafür an, dass zunehmend nach „einfachen Lösungen“ in einer immer komplizierteren Lage gesucht wird und oft jenen Kräften und Demagogen unkritisch gefolgt wird, die genau diese versprechen. Damit wächst auch das Misstrauen gegenüber dem Staat, der Wissenschaft und u.a. auch den etablierten Kirchen. Das bisher stabil erscheinende gesellschaftliche „Wir“ droht immer weiter dekonstruiert zu werden.

Identitätsbildung in einer pluralen Demokratie

Ein gesellschaftliches „Wir“ wurde bis weit in die 80-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein in Grundzügen von Staat und Kirchen garantiert und von den Menschen zunächst übernommen. Heute sind die Grundwerte dieses gesellschaftlichen „Wir“ durch eine stabile demokratische Entwicklung und den Verfassungsstaat so gut garantiert und selbstverständlich geworden, dass die Erinnerung an ihre Grundlagen und Ursprünge in weiten Teilen der Gesellschaft verblasst ist. Man könnte auch zugespitzt sagen: Die Grundwerte unserer Gesellschaft sind Opfer ihrer eigenen Wirksamkeit.

Hinzu kommt, dass unter anderem infolge der Säkularisierung die Bindekraft der christlichen Kirchen nachlässt und damit auch deren identitätsbildende Bedeutung schwächer wird. Gleichzeitig bringen sehr viele Geflüchtete ihre jeweilige Religion als prägendes Identitätsmerkmal mit nach Deutschland und pflegen diese unter dem Schutz der Religionsfreiheit verständlicherweise mit Nachdruck, nachdem alle anderen kulturellen Identitätsmuster mit der Flucht zurückgelassen werden mussten.

Dies verstärkt die Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung, in deren Folge eine verstärkte Suche nach identitätsbildenden Faktoren in überschaubaren Zusammenhängen kleiner Gruppen zu verzeichnen ist: in der Hinwendung zu fundamentalistischen religiösen Gemeinden oder in der strikten Abgrenzung von allen anderen gesellschaftlichen Gruppen. Beides steigert die Gefahr der Radikalisierung von Einzelnen und Gruppen.

2.2. Staat und Demokratie in der Krise

Nicht nur infolge dieser Entwicklungen befinden sich Staat und Demokratie in einer nachweisbaren Gefährdungssituation, deren konstruktive Bewältigung entscheidend für die zukünftige Gestalt des gesellschaftlichen Lebens sein wird. Aus der Beobachtung aktueller Zeitphänomene ergeben sich weitere Gefährdungspotentiale, die im Folgenden genannt seien:

Vertrauensverlust

Das Vertrauen in die Politik und die staatliche Verwaltung nimmt weiter ab. Immer weniger Menschen scheinen bereit zu sein, die Komplexität vieler Vorgänge und deren demokratische Handhabung zu akzeptieren. Ein Indikator hierfür ist etwa die zunehmende Bedrohung politischer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bis hin zur Drohung gegen deren Familien, Leib und Leben. Dies geschieht auf allen politischen Ebenen von der Kommunalverwaltung bis zur Bundesregierung und wird durch den um sich greifenden Populismus und die damit einhergehende Ideologisierung und Polarisierung verstärkt.

Gleichzeitig löst sich der vorpolitische Raum auf: Vereine, Gewerkschaften und Verbände verlieren immer mehr von ihrer bisher bindenden, organisierenden und integrierenden Kraft. Ein konsentiertes gesellschaftliches Leitbild ist nicht mehr vorhanden.

Alarmismus

Dies schafft den Raum für den deutlich zu beobachtenden Alarmismus, der nicht nur private Medien oder Social-Media-Kanäle immer mehr durchzieht, sondern auch Talkrunden des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zunehmend prägt und zu dem auch selbsternannte Experten und Expertinnen sowie politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in parteipolitischem Interesse durchaus beitragen.

Zeitdruck

Durch diesen Alarmismus werden die politisch Handelnden unter einen massiven Reaktions- und Zeitdruck gesetzt und jedes Zögern oder auch nur Nachdenken wird negativ konnotiert. Sie müssen sich in einem multimedialen Zeitalter weit mehr als früher an medialen Aufmerksamkeitsmomenten ausrichten und versuchen, im Minutentakt – also in „Echtzeit“ – auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Das steigert die Gefahr, schnelle und vorgeblich „alternativlose“ Entscheidungen zu präferieren, um der Öffentlichkeit Handlungsfähigkeit zu signalisieren. Dies geht zu Lasten der zeitaufwendigen Beratungs- und Aushandlungslogiken repräsentativer Willens- und Entscheidungsbildungsprozesse und der Beteiligungsnotwendigkeiten demokratischer Gremien und Institutionen. Gesetzgebungsverfahren werden durch diesen Druck notwendigerweise fehleranfälliger. Dass Twitter und Instagram-Accounts mittlerweile anerkannte Kanäle politischer Kommunikation auf allen Ebenen zu sein scheinen, macht den Befund nicht besser.

Generationengerechtigkeit

Die Generationengerechtigkeit als Thema wird immer stärker in den Vordergrund treten. Die Entwicklung des Rentensystems, die Nachhaltigkeitsdebatte und die Aktionen zum Klimawandel und dessen Auswirkungen zeigen deutlich, dass hier hohe Spaltungsgefahr besteht: einerseits bilden die „Alten“ immer noch die Mehrheit auch politischer Entscheidungen ab – gleichzeitig wächst bei jungen Menschen deutlich die Bereitschaft, eigene Interessen und politische Ziele neben oder auch gegen demokratische Verfahren zu setzen. Exemplarisch seien hier die Aktionen etwa der „Letzten Generation“ zu nennen, die ausdrücklich das Ziel benennen, den Staat zum Handeln in ihrem Sinn zwingen zu wollen.

Verteilungsgerechtigkeit

Ein weiteres Thema bildet die Verteilungsgerechtigkeit sozialer und ökonomischer Ressourcen: Die Diskussionen um bezahlbaren Wohnraum, verfügbare Plätze in Kindertageseinrichtungen und den Zugang zu Bildung markieren hier oft einen Zwiespalt zwischen politischen (Selbst-)Verpflichtungen und der tatsächlichen oder empfundenen Situation großer Teile unserer Bevölkerung.

2.3 Relevanzverlust der Kirchen

Die Kirchen waren früher Garanten und Wahrer des gesellschaftlichen Wertegerüsts und trugen wesentlich zur gesellschaftlichen und kulturellen Identität und damit auch zu deren Stabilität bei. Nicht umsonst rekurrieren die Debatten um eine Leitkultur auf das Wertegerüst eines im wesentlich christlich geprägten Abendlandes. Nach wie vor bleiben diese Werte durchaus prägend für unsere Gesellschaft und das sog. Böckenförde-Diktum richtig, dass der freiheitliche, säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Aber es muss auch festgehalten werden, dass die Einheitlichkeit dieser Voraussetzungen eben nicht mehr gegeben ist.

Infolge der Pluralisierung sind auch ethische Plausibilitäten fragwürdig und damit begründungspflichtig geworden. Jeder Wertekonsens kann in Zukunft nicht mehr als vorgegeben angesehen werden, sondern es ist Aufgabe der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, diesen immer wieder neu zu verhandeln.

Dass kirchliche Positionierungen hier keine Sonderstellung beanspruchen können, ergibt sich unmittelbar aus der Logik einer pluralen Gesellschaft, wird aber zudem verstärkt durch den selbstverschuldeten Relevanzverlust zumindest der katholischen Kirche, die es lange Zeit versäumt hat, sich strukturell auf die sich abzeichnende Liberalisierung und Pluralisierung der Gesellschaft einzustellen. Erst in jüngster Zeit und durchaus auch als Reaktion auf den Missbrauchsskandal und die sich daraus ergebende Dokumentation des Versagens der Institution „Kirche“, sucht man nach neuen Wegen, um die Anschlussfähigkeit mit gesellschaftlichen Entwicklungen wiederzuerlangen, ohne dabei das eigene Proprium zu verlieren und austauschbar zu werden.

2.3.1. Außenwahrnehmung der katholischen Kirche

Neben diesen eher internen Glaubwürdigkeits- und Strukturproblemen sieht sich die Kirche – nicht nur in Deutschland – mit einem deutlichen Image-Problem konfrontiert. Dazu gehört, dass die Kirche von der medialen Öffentlichkeit hierzulande deutlich klerikalisiert wahrgenommen wird, d.h. sie wird auf das Handeln von Papst, Bischöfen und Priestern sowie ihre gottesdienstlichen Äußerungsformen reduziert.

Zuzugeben ist, dass dazu auch die Kirche selbst beiträgt, indem sie selbst zu wenig wahrnimmt und noch weniger nach außen vermittelt, dass die Caritas wie die Liturgie und die Verkündigung gleichwertige Wesensvollzüge von Kirche sind. Dadurch gerät in der öffentlichen Wahrnehmung ins Hintertreffen, dass in Baden-Württemberg mehr als 60.000 Menschen hauptamtlich für die Caritas arbeiten und sich ebenso viele ehrenamtlich in Diensten und Projekten der Caritas engagieren. Ebenso wenig präsent in der öffentlichen Wahrnehmung sind die vielfältigen Formen, in denen Kirche vor Ort in den Gemeinden Angebote zur Vergemeinschaftung bereitstellt. Auch das breite, nicht selten ehrenamtsgetragene Engagement der Kirchen in den Bereichen der seelsorgerlichen Begleitung und der kirchlichen Erwachsenenbildung in Bildungswerken und Akademien, der katholischen Schulen und im Religionsunterricht, bleibt von der Öffentlichkeit weithin unbeachtet.

Der Missbrauchsskandal, der derzeit die Kirche in Deutschland und weltweit erschüttert, verstärkt diese Wahrnehmung nochmals deutlich: Verabscheuungswürdige Verbrechen an Kindern und Minderjährigen durch Kleriker und Ordensleute sowie das verantwortungslose Handeln von Bischöfen und leitenden Klerikern zur Vertuschung dieser Taten, die komplett fehlende Sicht auf das Leid der Betroffenen sowie die zum Teil schleppende Aufarbeitung stellen die Kirche im öffentlichen Urteil unter Generalverdacht.

Dabei ist keine Klage darüber anzustimmen, dass die gegenwärtige öffentliche Wahrnehmung der katholischen Kirche primär vom Missbrauchsskandal bestimmt wird. Die Kirche selbst formuliert das hohe Ideal ihres Menschenbildes, an dem sie sich messen lassen muss und an dem sie sich maximal verfehlt hat. Insofern ist es durchaus selbstverschuldet, dass in der Öffentlichkeit aktuell aus dem Blick gerät, wie sehr sich auch die katholische Kirche in vielen wesentlichen Feldern unserer Gesellschaft fördernd engagiert, ohne dabei in erster Linie auf Mitgliederbindung oder -gewinnung zu schauen.

2.3.2 Selbstwahrnehmung der katholischen Kirche

Folge des beschriebenen Relevanzverlusts der Kirchen ist deren Entwicklung weg von einer Volkskirche hin zu einer Kirche im Volk mit den hierfür erforderlichen Gestaltungsprozessen auf allen Ebenen kirchlichen Lebens. Dazu gehört auch die Bildung größerer Pfarrestrukturen, um die pastorale und karitative Arbeit der Kirche auch in Zukunft auf einem hohen Niveau flächendeckend garantieren zu können. Gleichzeitig sehen sich die Kirchen in der Verantwortung, gerade auch unter den Bedingungen größerer Einheiten vor Ort präsent zu bleiben und gemeinschaftliche Lebensvollzüge aus dem Glauben zu stärken.

Die disruptiven Prozesse der sinkenden Mitgliederzahlen und der damit einhergehenden Reduktion der Steuereinnahmen bilden ebenso eine herausfordernde Aufgabe wie die Frage der Gleichberechtigung von Frauen bis in die Strukturen des kirchlichen Amtes hinein, der demokratischen Teilhabe der Getauften an allen kirchlichen Entscheidungen sowie die Frage der Machtkontrolle und der Gewaltenteilung hinsichtlich des Bischofsamtes.

Bei den Versammlungen des „Synodalen Weges“ zeigt sich, dass diese Entwicklungen mit anstrengenden Meinungsbildungsprozessen einhergehen. Ebenso zeigt sich aber, dass die große Mehrheit der Bischöfe und der Synodalen davon überzeugt ist, dass die Entwicklung in die richtige Richtung geht. Die südwestdeutschen Bistümer teilen diese Auffassung und haben entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht.

3. Resilienz der Gesellschaft als gemeinsame Aufgabe

3.1 Beitrag der Kirchen zu einer krisenfesten und resilienten Gesellschaft

Die Verbundenheit der Kirche mit der Gesellschaft

Das gesellschaftswirksame und -gestaltende Tun der Kirche erfolgt in der direkten Umsetzung der Frohen Botschaft. Judentum und Christentum sehen die Schöpfung als Auftrag zur pflegerischen Welt- und Gesellschaftsgestaltung. Lange wurde der sog. Herrschaftsauftrag entsprechend absolutistischer Staatsmodelle als Unterwerfungsauftrag gesehen. Dies entspricht aber nicht dem biblischen Bild des Herrschers, der in erster Linie die Sorge des Schöpfers um seine Schöpfung repräsentieren soll.

Ebenso entspringt das soziale Engagement der Kirchen für den Menschen und seine Würde aus dem Gottes- und Menschenbild des Christentums. Der Mensch ist als Person noch vor jeder religiösen Differenzierung Bild Gottes und trägt damit eine unverlierbare Würde, die es unter allen Umständen zu wahren gilt. Daraus folgend begegnet uns in jedem Menschen – besonders in den Armen, Schwachen und an den Rand Gedrängten – der absolute Anspruch der Wahrung dieser Würde.

Biblisch gespeichert ist dieses Menschenbild im Doppelgebot der Gottes- und der Nächstenliebe. Lehramtlich spiegelt es sich in Artikel 1 der Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“ des II. Vatikanischen

Konzils: Dort heißt es unter dem Titel „Die engste Verbundenheit der Kirche mit der ganzen Menschheitsfamilie“: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen in der Welt von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände.“ Hieraus ergibt sich jedes liturgische, caritative und verkündigende Engagement der Kirche, wobei diese Wesensvollzüge gleichwertig und aufeinander verwiesen sind. Fehlt einer davon, werden die anderen geschwächt.

In all ihrem gesellschaftlichen Engagement weiß sich die Kirche nicht alleine unterwegs, sondern verbunden mit anderen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. So betrachtet sie ihr konkretes Handeln eben nicht als Alleinstellungsmerkmal, sondern sucht wo immer möglich die Vernetzung mit den anderen zivilgesellschaftlichen Kräften. Die subsidiäre Struktur dieses Engagements ist für alle Beteiligten schon bisher eine klare „win-win“-Situation und positiv für die Menschen in unserem Land.

Resilienz durch gelebten Glauben

Empirische Untersuchungen stellen fest, dass der Glaube Resilienz fördert. Denn um Krisenkompetenz und Widerstandskraft zu erlangen, muss der Mensch nicht nur Vertrauen in sich selbst erfahren können, sondern dies auch in Gemeinschaft erleben dürfen. Beides verwirklicht sich in Religionsystemen, insofern hier das Selbstvertrauen eingewurzelt ist im Vertrauen zu Gott, der Anteil nimmt am Los der Menschen und menschliches Leben durch alle Krisen hindurch zur Vollendung bringen kann. Zudem haben glaubende Menschen in Gott ein Gegenüber, an das sie all die Emotionen adressieren können, die sie angesichts des Krisenhaften ihres Lebens umtreibt: Hoffnung, Bitte, Klage, Verzweiflung. Schließlich werden religiöse Menschen eher von Gemeinschaften aufgefangen, weil die Glaubenspraxis immer auch mit der Einbindung in eine Glaubensgemeinschaft verbunden ist. Religiöse Menschen haben das Gefühl, nicht alleine vor der Herausforderung zu stehen, sondern auf die Unterstützung von anderen vertrauen zu können.

Zudem sind die Religionen mit ihrem Verweis auf die Transzendenz Gottes institutionalisierte Unterbrechungen einer Logik des unbeschränkten Wachstums in beständiger Verfügbarkeit und schaffen „Resonanzräume“, in denen sich der Mensch wieder selbst bewusst und anrufbar für neue Dimensionen des Lebens werden kann.

Darüber hinaus verfügen die Kirche über Räume und Riten, die den Menschen auch in Extremsituationen einen Ort bieten, um die oft um sich greifende und zunehmende Sprachlosigkeit zu überwinden. Dies zeigt sich vor allem bei Krisen und Katastrophen, bei Unglücken und bei Gewaltverbrechen. Auch die klassische gottesdienstliche und sakramentale Begleitung der Lebensphasen (Geburt, Kindheit, Adoleszenz, Lebensformentscheidungen, Krankheit, Sterben) sind solche Resonanzräume, die von sehr vielen Menschen, auch unabhängig von ihrer religiösen oder kirchlichen Bindung in Anspruch genommen werden.

Orientierungsangebote für die Gesellschaft als Wertegemeinschaft

Das oben skizzierte Gottes- und Menschenbild der Kirchen ist kompatibel und ursprungsverbunden mit dem Menschenbild der Demokratie. Daher stellen die Prinzipien der Katholischen Soziallehre das Angebot eines wertebasierten Ordnungsrahmens in gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen dar.

- Personalität erfordert und ermöglicht Teilhabe.
- Solidarität lindert Not und schafft Gerechtigkeit.
- Subsidiarität ermöglicht Flexibilität und Kreativität vor Ort.

- Die Betonung des Gemeinwohls versteht die Gesellschaft nicht nur als Summe auszutrierender Einzelinteressen, sondern lenkt die Aufmerksamkeit auf die gemeinsame Gestaltung des jeweiligen Lebens- und Sozialraumes.
- Zu diesen klassischen Prinzipien der Soziallehre gesellt sich als ganzheitliche und übergreifende Maxime kirchlichen Handelns das Prinzip der Nachhaltigkeit, welches sowohl Umwelt- und Wirtschaftsfragen als auch soziale und kulturelle Fragen umfasst.

Als Beitrag zur Wertorientierung betrachtet die Kirche aber auch ihre Verkündigung der biblischen Visionen einer in Gott erlösten Welt. Diese greifen mit ihrem archetypischen Bildprogramm die tiefen Sehnsüchte der Menschen nach Heil und Sinn auf und transzendieren so die Fixierung auf das, was aktuell machbar erscheint. Die biblischen Hoffnungsgeschichten motivieren darin zum Entwurf visionärer Gesellschaftsprogramme und bieten damit Narrative in der Debatte um Werte, deren Herkunft und Bedeutung für unsere moderne Gesellschaft.

Darüber hinaus bringt die katholische Kirche die Globalisierungserfahrungen einer Weltkirche ein. Neben dem Aufbrechen einer eurozentrischen Weltansicht sind deren Wirkungen u.a. Toleranz, Interkulturalität, Erfahrung der Einheit in Vielfalt, Ambiguitätstoleranz als ideologiekritisches und inkulturationsförderndes Element.

Sinnvermittlung und Lebensbegleitung

Als Antwort auf die Kant'schen Fragen (Woher komme ich? Wohin gehe ich? Was darf ich hoffen? Was soll ich tun?) vermitteln die Kirchen auch heute ein ethisches Gerüst und religiöses Orientierungswissen. Sie machen Angebote religiöser und christlicher Antworten auf existenzielle Fragen.

Darüber hinaus ist es Ziel kirchlicher Bildungsarbeit, den Menschen Grundlagen und Impulse zur gelingenden Gestaltung ihres Lebens zu bieten. Dies gilt für die frühkindliche Erziehung in Kindertagesstätten ebenso wie für die Schulen der Schulstiftungen, den Religionsunterricht, die Bildungswerke, die kirchlichen Büchereien und die Dialogarbeit mit allen Gesprächspartnerinnen und -partnern aus Politik, Wissenschaften und Gesellschaft in den Katholische Akademien.

Gelingendes Leben als Individuum und in Gemeinschaft ist auch eines der wesentlichen Ziele der nach wie vor vielfältigen Landschaft kirchlicher Verbandsstrukturen: So begleiten Jugendverbände Jugendliche in ihrer Adoleszenzphase und bieten ihnen die Möglichkeit, Vereinzelung zu überwinden, Selbstwirksamkeit zu erfahren, ihre spezifischen Fragen in einer *peer-group* zu bearbeiten und Demokratie einzuüben. Darüber hinaus leisten die Jugendverbände Hilfestellung dabei, in komplexen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Fragen einen eigenen Standpunkt zu formulieren und sich gemeinsam zu engagieren. Auch Erwachsenenverbände (Katholische Frauengemeinschaft, Männerwerk, Familienbund, Katholische Landjugendbewegung, Kolpingwerk, Altenwerk, Katholische Arbeitnehmerbewegung usw.) sind Erfahrungsorte von Gemeinschaft und zugleich Plattformen für die Gestaltung ehrenamtlichen Engagements.

Lebensbegleitung in jedem Lebensalter und fast jeder Lebenslage geschieht zudem durch das breit gefächerte Spektrum pastoraler Dienstleistungen. Exemplarisch seien hier genannt: die menschliche und spirituelle Begleitung Trauernder auf ihrem individuellen Weg mit dem Verlust eines Menschen umzugehen; Notfallseelsorge als seelsorgliche Akuthilfe für Betroffene und deren Angehörige, aber auch für Mitarbeitende der beteiligten Rettungs- und Hilfsdienste; die Telefonseelsorge mit ihrem niederschweligen Angebot rund um die Uhr für Menschen mit vielfältigen Problemlagen. Hinzu treten weitere pastorale Handlungsfelder wie die Betriebsseelsorge, die Seelsorge in Krankenhäusern und im

Gesundheitswesen, die Seelsorge bei Menschen mit Behinderungen, Hochschulpastoral, Polizeiseelsorge, Gefängnisseelsorge, Hospizseelsorge, Seelsorge bei Aids- und drogenkranken Menschen, Freizeit- und Tourismusseelsorge, um nur einige zu nennen.

Schließlich engagieren sich Christinnen und Christen aus ihrer Glaubensmotivation heraus nicht nur im binnenkirchlichen Raum, sondern auch in den Sozialräumen, in der Vernetzung von Kirche mit Kommunen, Vereinen und anderen Initiativen sowie auf allen Ebenen der Politik. Deshalb entdeckt die Kirche immer mehr die Aufgabe, über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus zu einer Plattform für vielfältiges Engagement im Sozialraum zu werden, die einzelne bei der Entdeckung der eigenen Engagementwünsche und -möglichkeiten und in der Engagementtätigkeit selbst begleitet durch das Angebot praktischer Unterstützung und persönlicher Reflexionsräume.

Anwaltschaft für soziale Gerechtigkeit

Von ihren biblischen Grundlagen her sieht sich die Kirche verpflichtet zur Anwaltschaft für eine soziale Gerechtigkeit, die mehr meint als nur den ökonomischen Ausgleich, auch mehr als die Gleichheit der Lebensverhältnisse der Menschen in einer Gesellschaft. Kernpunkt sozialer Gerechtigkeit, wie die Kirche sie versteht, ist es vielmehr, in einem umfassenden Sinn solidarisch Chancen auf Teilhabe und Lebensperspektive zu geben.

Unter dieser Prämisse firmieren unter dem Dach der verbandlichen Caritas beispielsweise Beratungsdienste, Krankenhäuser, Alten und Pflegeheime; mobile Pflegedienste, Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen, Suchthilfe und Suchtkliniken, Betreuungsdienste, Erziehungshilfe, Jugendhilfe, Familienhilfe, Familienerholung, Sozialdienste, Betreuung geflüchteter Menschen und Wohnungslosenhilfe.

Neben dieser dauerhaften Bereitstellung sozialer Daseinsfürsorge sehen sich die Kirchen aber auch in akuten Krisen dazu verpflichtet, ihren Beitrag zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit zu leisten: In der Flüchtlingskrise 2015 und der massenhaften Fluchtbewegung nach Ausbruch des Ukraine-Krieges etwa haben Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen wesentlich dazu beigetragen, diese Herausforderungen zu bewältigen durch die Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten. Dabei war ein überdurchschnittliches Engagement Ehrenamtlicher zu verzeichnen, das aufgrund einer vorhandenen Infrastruktur gut organisiert werden konnte. Zudem fiel und fällt die Integrationsarbeit durch die weltkirchliche Vernetzung vieler Gemeinden und Gruppen sowie die Erfahrungen aus den seit langem bestehenden Gemeinden anderer Muttersprachen im kirchlichen Raum oft leichter als in vergleichbaren Gruppen.

3.2 Handlungsempfehlungen an die Politik

Krisen als Teil der neuen Normalität wahrnehmen

Während der Corona-Krise war in der öffentlichen Debatte häufig eine Zeiteinteilung präsent, die das Leben in eine Zeit vor und nach der Pandemie einteilte und damit die Hoffnung verband, mit dem Überwinden des Infektionsgeschehens zur gewohnten Normalität zurückkehren zu können. Hinter dieser Einteilung und der damit verbundenen Hoffnung verbarg sich der Optimismus, dass Krisen nicht weniger, aber auch nicht mehr sind als punktuelle Herausforderungen, die durch entschlossenes und kluges Vorgehen zu bewältigen sind, um dann zur Normalität zurückzukehren, wie sie vor der Krise geherrscht hat. Diese Hoffnung ist jedoch nachhaltig gestört worden durch den kurz nach Abebben der Pandemie mutwillig ausgelösten Krieg in der Ukraine und seine auch für die deutsche Gesellschaft

spürbaren Folgen wie den massiven Zuzug von Kriegsflüchtlingen, der Verteuerung der Lebenshaltungskosten und der Verknappung von Energieressourcen.

Mithin scheint es für die Gesellschaft wie die Politik vor allem erforderlich, zu einem Verständnis von Krise und Resilienz durchzudringen, das auf der Erkenntnis basiert, dass Unsicherheit einen Wesenszug der neuen Normalität bildet. Dadurch wären Krisen nicht als zu vermeidender Störfall zu verstehen, sondern als elementarer Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Resilienz ist vor diesem Hintergrund mehr als Selbstoptimierung und Krisenresistenz. Sie meint demnach auch nicht Unverletzlichkeit, sondern das Glück gelingenden Lebens inmitten aller Verwundungen und Unvollkommenheiten. Gefragt ist folglich ein Mentalitätswandel, der sowohl das Individuum wie auch die Gesellschaft als ganze umfassen muss.

Diskursprozesse über die künftige Gestalt von Gesellschaft

Wenn daher auch künftig mit der Unberechenbarkeit eintretender Krisen zu rechnen ist, wird sich politisches Handeln nicht allein auf Hilfspakete beschränken können, um dadurch im Akutfall soweit als möglich das als gut empfundene Leben vor der Krise aufrechtzuerhalten. So nützlich diese Sofortmaßnahmen auch sein mögen, so sehr werden sie auf die Dauer sowie bei kulminierenden Krisen zur fiskalischen Überforderung, die weder Pufferkapazitäten für nachfolgende Krisen lässt, geschweige denn Ressourcen für eine zukunftsorientierten Gestaltung der Gesellschaft.

Was daher nottut, ist ein gesamtgesellschaftlicher Diskursprozess über die fundamentalen Werte und Güter, die grundlegenden Werte und Ziele, die unter Maßgabe der sozialen Gerechtigkeit für ein gutes Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt erforderlich sind. Diese Debatten sind nicht von einem gesellschaftlichen Mainstream her zu führen, sondern müssen um der Akzeptanz ihres Ergebnisses willen repräsentativ alle gesellschaftlichen Gruppen abbilden, gerade auch diejenigen die sich aktuell nicht einbringen. In den Diskurs einzubeziehen wären demnach auch marginalisierte Positionen, die den Status quo in Frage stellen, wobei sich selbstredend Beteiligungsgrenzen ergeben mit Blick auf Gruppierungen, die bekanntermaßen rassistische, demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen vertreten.

Diese Diskursprozesse erfordern eine hohe Kultur des Dialogs, die bereit ist, unbeschadet der eigenen politischen Überzeugung dem anderen auch in seinem Anderssein, in seiner Verschiedenheit zu begegnen, sei diese Verschiedenheit weltanschaulich, religiös, generationenbezogen oder ethnisch-kulturell bedingt oder einfach Ergebnis dessen, dass die Gedanken und Gefühle des Anderen fremd sind und auch bleiben. Gefragt sind zudem neue Formen der Beteiligung, da bisherige Formate wie Bürgerforen und Runde Tische wegen der diskursiven Fähigkeiten, die hier gefordert sind, die Mitglieder der gebildeten Mittelschicht begünstigen und damit den latenten Zusammenhang zwischen Beteiligung einerseits sowie Bildung und Einkommen andererseits noch zusätzlich verschärfen.

Einen wesentlichen Beitrag zu einer lebendigen innergesellschaftlichen Debattenkultur leistet vor dem Hintergrund einer zunehmenden Pluralisierung der religions- und weltanschaulichen Sinnangebote auch das grundgesetzliche Konzept der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Durch dieses Konzept wahrt der Staat seine Neutralität nämlich gerade dadurch, dass er unterschiedlichsten Sinnentwürfen eine öffentlichkeitswirksame Dimension zuschreibt, statt sie ins Private abzudrängen. Damit wird der Pluralität der Anschauungen Rechnung getragen und zugleich die Möglichkeit der, auch kontroversen, Interaktion zum Wohle der Gesellschaft eröffnet. Es empfiehlt sich daher, an diesem Modell festzuhalten und es, wo immer möglich, auch auf

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auszudehnen, die noch nicht den Status öffentlicher Körperschaften erlangt haben.

Megatrends als Handlungsfelder wahr- und annehmen

Ein solcher Diskurs über eine künftige Gestalt von Gesellschaft erscheint auch angesichts der eingangs genannten gesellschaftlichen Mega-Trends erforderlich. Denn diese sind nicht lediglich eine vorgegebene Matrix bzw. in sich stehende Parameter, unter denen sich soziales Leben und politisches Handeln vollzieht. Sie müssen vielmehr selbst als Handlungsfelder gesehen werden, die zur politischen und gesamtgesellschaftlichen Gestaltung aufrufen. Denn jeder dieser Trends birgt in sich ein Potential, das für die Gesellschaft und ihre Teilssegmente irritierend wirken kann. Dies deshalb, weil mit diesen Trends notwendig umfassende Wandlungs- und Transformationsprozesse einhergehen, die zum Verlust des Gewohnten führen und nicht selten auch gesellschaftliche Verlierer hervorbringen werden.

Gerade wenn die Unsicherheit zur neuen Normalität gehört, bedarf es eines politischen Handelns, das im Konzert einer breitgefächerten Wissenschaft und konkreter Praxiserfahrungen eine Gegenwarts- und Folgenanalyse initiiert, um sich gegenwärtigen und sich abzeichnenden Krisenphänomene mit Realismus zu stellen. Denn wie die Forschung zeigt, brechen soziale Systeme nicht zuletzt dann zusammen, wenn trotz offensichtlicher oder latenter Probleme so weiter gelebt wird wie bisher, und man sich nicht an die veränderten Bedingungen anpasst bzw. fehlerhaft anpasst. Krisenfest hingegen ist die Gesellschaft, die sich antizipatorisch auf Krisen einstellt, selbst wenn die Auswirkungen noch nicht direkt sichtbar sind.

Freiwilliges Engagement fördern

Dass es zur Krisenbewältigung nicht nur Lösungen braucht, die *top down* von Regierungen, Parlamenten oder Behörden kommen, sondern ebenso das freiwillige Engagement aus der Mitte der Gesellschaft, haben gerade auch die Corona-Krise und die großen Fluchtbewegungen der jüngeren Zeit deutlich gemacht. Durch ihre selbstorganisierten Initiativen haben sich hier Bürgerinnen und Bürger engagiert, um die Wirkung der Krisen abzufedern und insbesondere benachteiligte Gruppen zu schützen. Daran zeigt sich, dass das Ehrenamt zu den essentiellen Akteuren in der Krisenbewältigung zählt, da es handlungsschnell und punktgenau gerade dort tätig werden kann, wo die Politik in ihrer Verantwortung für die großen Linien der Krisenbewältigung nur eingeschränkt handlungsfähig erscheint.

Aber auch in krisenunabhängigen Zeiten stärkt das Ehrenamt die soziale Resilienz, indem es einer hoch individualisierten Gesellschaft den eminenten Wert von Solidarität und Gemeinwohlorientierung entgegensetzt. Zugleich fördert die Erfahrung der Sinnhaftigkeit und der Selbstbestimmtheit ehrenamtlichen Tuns das Selbstwertgefühl der sich Engagierenden, mithin deren Resilienz als Individuum und, insofern sie auch Glieder der Gesellschaft sind, auch die soziale Resilienz insgesamt. Dies umso mehr, wenn das Ehrenamt unter dem Dach loser oder fester Zusammenschlüsse ausgeübt wird. Die sozialen Organisationsformen nämlich sind wesentliche Orte, in denen die Engagierten selbst Solidarität, Ermunterung und Kompetenzzuwachs im Austausch von Positionen und Perspektiven erfahren können.

Mit eines der wesentlichsten Felder politischen Handelns im Sinne einer resilienten Gesellschaft wird daher die Stärkung und Förderung des freiwilligen Engagements sein. Hierbei ist in unserem Bundesland bereits Wesentliches geschehen durch die gemeinsam mit den Partnern im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) erarbeitete und seither nach und nach weiterentwickelte Engagementstrategie Baden-Württemberg. Es empfiehlt sich, diese Weiterentwicklung nicht zuletzt angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Ehrenamt fortzuschreiben und neue Bedarfe in

den Blick zu nehmen, etwa dass junge Menschen, vor allem Studierende sich engagieren können und weniger Zeit für den praktischen Lebensunterhalt aufbringen müssen.

Soziale Unterstützungssysteme sichern

Mit ihren flächendeckenden Diensten und Einrichtungen in allen Feldern der sozialen Daseinsfürsorge stehen die kirchlichen wie nichtkirchlichen Wohlfahrtsverbände für alle Menschen offen und bilden so einen wichtigen Teil des Netzes der Daseinsvorsorge, die ihrerseits die Resilienz des Einzelnen stärkt und darin auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch die multiplen Krisen der letzten drei Jahre und deren Folgekosten sind für die Trägerverbände nun aber Belastungsgrenzen erreicht, die bereits jetzt aufgrund personeller und finanzieller Engpässe zu Teilschließungen von Angeboten führen. Auf der anderen Seite werden die Träger von vielen Kommunen angefragt, neue Angebote zu eröffnen oder bestehende auszubauen, da auch hier erkannt wird, dass der Hilfebedarf in fast allen Feldern der Sozialen Arbeit wächst. Tatsächlich werden bereits jetzt mehr Plätze und Angebote in der Altenhilfe, Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und der Beratungsarbeit benötigt als vorhanden sind.

Der bereits bestehende Versorgungsnotstand und die Gefahr, dass das Netz der sozialen Dienste in allen Feldern zunehmend Löcher bekommt, hat konkrete Folgen für die Menschen, wenn z.B. kein Pflegeplatz gefunden werden kann oder dieser aufgrund immer weiter steigender Eigenanteile nicht mehr bezahlt werden kann. Dadurch werden aber auch das Vertrauen in die solidarische Gesellschaft erschüttert, Abstiegsängste geschürt und letztlich der gesellschaftliche Zusammenhalt belastet.

Um dieser schwierigen Lage schnell und wirksam zu begegnen und die Sicherung der Versorgung und sozialen Infrastruktur im Land zu garantieren, ist ein entschiedenes Handeln notwendig. Hierzu leisten die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände gerne ihren Beitrag, sind aber auch auf die Unterstützung des Landes angewiesen, um durch die Schaffung von Schutzschirmen die krisenbedingten, wirtschaftlichen Risiken für die gemeinnützigen Dienste und Einrichtungen abzusichern, durch Entbürokratisierung das Personal zu entlasten und die Personalnot durch Regulierung der Leiharbeit im Sozialwesen zu lindern.

4. Ausblick

Plurale Gesellschaften erweisen sich gegenüber uniformen Systemen als resilienter, weil sie in sich eine Vielzahl an Ansätzen zur Krisenbewältigung bergen, die kumulativ oder alternativ auf akute Herausforderungen reagieren können. Pluralität setzt jedoch das Wissen um den Beitrag voraus, den einzelne Systeme zur Resilienz der gesamten Gesellschaft leisten. Deshalb war es den beiden Diözesen wichtig, auszudifferenzieren, wie die Kirche durch ihre Infrastruktur und ihre Kompetenzen zur Gestaltung einer krisenfesten und resilienten Gesellschaft beitragen kann und will. Diese Darstellung versteht sich zugleich als Angebot an andere zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, Zusammenarbeit und Vernetzung zu suchen, wo sich gemeinsame Schnittmengen zur Stärkung der Gesellschaft und ihrer Glieder eröffnen.

Auch in den Handlungsfeldern, die die Diözesen anempfehlen, sind sie gerne bereit, auf ihre Weise Verantwortung zu übernehmen und ihre Erfahrungen einzubringen. Gerade mit Blick auf den angeratenen Dialogprozess ist jedenfalls festzuhalten, dass im Ringen um die Gestalt einer künftigen Gesellschaft auch in den Kirchen selbst unterschiedliche Wert- und Zielvorstellungen herrschen. Dies würde den Austausch mit den anderen zivilgesellschaftlichen Kräften umso spannender und lebendiger auch für Kirche selbst machen.